"Es gibt keine vollkommene Absicherung"

Autor(en): **Hafner, Urs / Baltensperger, Ernst**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Horizonte : Schweizer Forschungsmagazin**

Band (Jahr): **21 (2009)**

Heft 80

PDF erstellt am: **28.03.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-968327

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch



«Es gibt **keine** vollkommene **Absicherung»**

Die gegenwärtige Finanzkrise fordert nicht nur Volkswirtschaften und Finanzmärkte heraus, sondern auch die Wirtschaftswissenschaften. Was wird sich ändern? Eine Einschätzung von Ernst Baltensperger, emeritiertem Professor für Nationalökonomie.

VON URS HAFNER

BILDER DEREK LI WAN PO

Die Wirtschaftswissenschaften untersuchen unsere Ökonomie. Auch wenn die Futurologie keine wissenschaftliche Disziplin ist – warum haben die Wirtschaftswissenschaften keine Symptome der jetzigen Finanzkrise wahrgenommen?

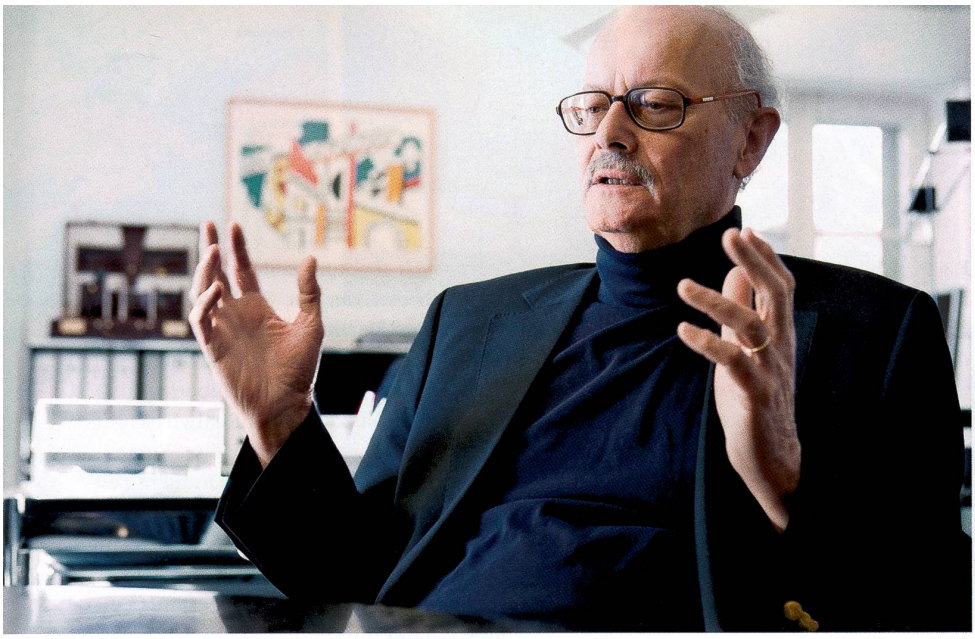
Ernst Baltensperger: Viele Wissenschaftler und auch andere Akteure haben sehr wohl gesehen, dass sich schon seit längerem Ungleichgewichte und Unstimmigkeiten abzeichneten, insbesondere dass die Märkte nicht mehr zwischen grossen und geringen Risiken unterschieden und nationale und internationale Verschuldungen ein immenses Ausmass erreichten. Aber die Dramatik der Krise, die wir jetzt erleben, vor allem die Ereignisse im letzten Herbst, hat eigentlich niemand vorausgesehen – abgesehen natürlich von jenen, die im Nachhinein alles vorhergesehen, und jenen, die die grosse Krise schon immer prophezeit haben.

Die Ökonomie ist eine Sozialwissenschaft, das heisst, sie befasst sich damit, wie Menschen Waren austauschen. Doch die Wirtschaftswissenschaften gerieren sich heute sehr mathematisch und statistisch. Sind sie so abstrakt geworden, dass sie den empirischen Bezug verloren haben?

Das glaube ich nicht. Die Ökonomie ist heute mit der Verwendung statistisch-ökonometrischer Methoden sogar ausgesprochen empirisch orientiert. Wenn man weiss, wo die Grenzen der Mathematik liegen, ist deren Benutzung sinnvoll. Die meisten der in Fachzeitschriften publizierten Artikel sind empirisch. Das wirtschaftswissenschaftliche Ideal ist die Verbindung von Theorie und mathematisch-statistisch fundierter Empirie.

Anders gefragt: Zielt diese Empirie an der sozialen Realität vorbei?

Nein. Aber was man mathematisch formal einfangen kann, ist notwendigerweise limitiert. Ich habe meinen Studenten immer gesagt, dass es verschiedene Sprachen gibt, die gleichermassen nützlich sein



«So unerfreulich diese Krise ist – aus der Sicht des Wissenschaftlers ist sie ein interessantes Objekt.»

können; die rein verbale Ausdrucksform, aber auch die Verwendung formaler Instrumente wie der Mathematik oder der Grafik. Man darf aber nie blind sein gegenüber den Grenzen, die jede Methode besitzt.

In jüngster Zeit werden vermehrt alternative ökonomische Modelle lanciert, welche die Wirtschaftswissenschaften reformieren oder gar revolutionieren sollen, etwa aus psychologischer oder physikalischer Sicht. Was halten Sie davon?

Es ist richtig, dass man diese Erklärungsansätze prüft und benutzt. Sie können durchaus sinnvoll und produktiv sein. Allerdings gehören gerade die psychologischen Ansätze – Stichworte «behavioural economics» oder «limited rationality» – schon seit gut 15 Jahren zu den intensiv bearbeiteten Forschungsrichtungen. Die Tatsachen, dass die kognitiven Fähigkeiten des Menschen begrenzt sind, dass er unter Bedingungen der Unsicherheit und unvollständig informiert handeln muss, dass die Beschaffung von Informationen kostspielig ist, diese Tatsachen sind seit langem zentrale Bestandteile auch der «mainstream economics», der neoklassischen Ökonomie.

Deren Gegner stellen also den Homo oeconomicus auf einen Sockel, um ihn dann herunterzustossen?

Genau, das ist eine Strohfigur. So gross sind die Unterschiede zwischen der etablierten Ökonomie und den alternativen Ansätzen letzlich nicht. Kritiker bauen oft ein Zerrbild auf, das wenig mit den real existierenden Wirtschaftswissenschaften zu tun hat – als ob der Homo oeconomicus ein alles wissender, mit perfekten kognitiven Fähigkeiten ausgestatteter Agent wäre, der nur an seinem Wohlergehen interessiert wäre, das an seinem Konsum materieller Güter gemessen wird. Unser Homo oeconomicus hat mit diesem Zerrbild nichts gemein. Er ist zum Beispiel auch altruistisch und nur begrenzt informiert. Das heisst aber nicht, dass ich Methodenstreit und Modellvielfalt nicht schätze. Beides gehört zwingend zu jeder Wissenschaft.

Ernst Baltensperger

Der emeritierte Nationalökonom Ernst Baltensperger ist Direktor des Studienzentrums der Schweizerischen Nationalbank in Gerzensee. Er lehrte u.a. an der Ohio State University, dann an den Universitäten Heidelberg, St. Gallen und Bern. Seine wissenschaftlichen Hauptinteressen liegen in den Bereichen der Geldtheorie und -politik, der Banken- und Finanzmärkte sowie der monetären Aussenwirtschaft. Von 1989 bis 1996 gehörte der renommierte Volkswirtschaftler dem Nationalen Forschungsrat des Schweizerischen Nationalfonds an, von 1993 bis 1996 als Vizepräsident der Abteilung Geistes- und Sozialwissenschaften und als Mitglied des Präsidiums.

Bietet die Finanzkrise den Wirtschaftswissenschaften quasi ein spannendes, reales Labor?

So unerfreulich diese Krise ist – aus der Sicht des Wissenschaftlers, der sich mit solchen Fragen befasst, ist sie ein interessantes Objekt. Aus Krisen und unerwarteten Ereignissen kann man viel lernen. Krisen haben und hatten häufig grossen Einfluss auf die Entwicklung der Wissenschaft. Die Wirtschaftskrise der dreissiger Jahre hat den Keynesianismus hervorgebracht und sowohl die damalige Wirtschaftspolitik als auch die Wirtschaftstheorie stark beeinflusst. Die grosse Inflation der sechziger und siebziger Jahre in den USA hat den Monetarismus hervorgerufen. Auch die jetzige Krise wird Theorie und Praxis beeinflussen.

Inwiefern?

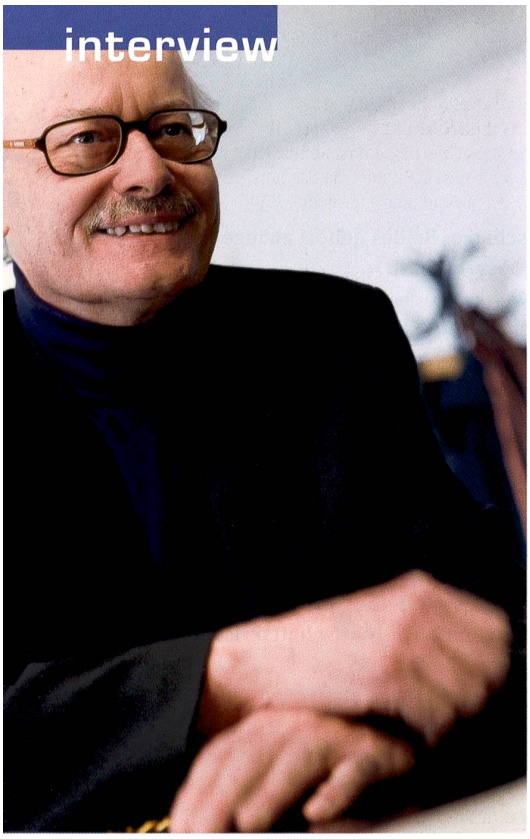
Primär unser Verständnis des Banken- und Finanzsektors. Die Frage nach der richtigen Struktur des Finanzsystems und dessen Regulierung muss neu beantwortet werden.

Von der Politik oder den Wirtschaftswissenschaften?

Von beiden. Die Ökonomie hat dabei zwei Aufgaben: erstens zu erklären, warum es zu dieser krisenhaften Entwicklung gekommen ist ...

... warum?

Unter anderem wegen einer allzu langen Phase sehr expansiver Geldpolitik, nicht optimaler Eigenkapital- und Liquiditätsvorschriften für Banken sowie der Bonussysteme. Vor allem aber ist diese Krise auch eine Vertrauenskrise. Das Banken- wie das Kreditsystem beruhen wesentlich auf gegenseitigem Vertrauen. Ich gebe Ihnen Kredit, weil ich davon ausgehe, dass Sie mir das Geld zurückzahlen, und umgekehrt. Dass das Vertrauen in dem Ausmass, wie wir das erlebt haben, verschwunden ist, ist extrem. In der Theorie wird dieser Fall als Möglichkeit zwar beschrieben, aber man hat ihn als unwahrscheinlich angeschaut. ►



«Die staatlichen Rettungspakete führen paradoxerweise zu noch grösseren Banken.»

Und die zweite Aufgabe der Ökonomie?
Was man besser machen und wie man Fehler vermeiden kann. Die Entscheide jedoch muss die Politik treffen.

Was würden Sie der Politik empfehlen?
Das Eigenkapital und die Liquidität der Banken verstärken und die Bankaufsicht und -regulierung wirksamer gestalten. Allerdings waren die Finanzmärkte und die Banken bereits bisher stark reguliert, sie sind einer der am meisten regulierten Bereiche der Wirtschaft; die in den Medien anzutreffende Idee, dass eine totale Deregulierung der Finanzmärkte zur Krise geführt habe, ist abwegig.

Was bedeutet diese Regulierung konkret?
Zentrale Elemente sind Vorschriften über die Mindestausstattung mit Eigenkapital, Regeln über Mindestbestände an Liquiditätsreserven, ferner Auskunftspflichten gegenüber den Bankaufsichtsbehörden und Regeln über die Zulässigkeit von Geschäftsbereichen. Insbesondere aber sollten die Banken verkleinert werden. Eigentlich ist der Konkurs einer Firma ein Disziplinierungsinstrument des Marktes für ein Fehlverhalten; der Konkurs zwingt die Marktteilnehmer, sich vernünftig zu verhalten und die Risiken sorgfältig abzuschätzen. Doch wenn die Staaten die Banken nicht gerettet hätten, wäre das Weltwirtschaftssystem gefährdet gewesen, mit immensen Kosten für unsere Gesellschaft. Das Paradoxe ist, dass wir nun als Ergebnis all der staatlichen Rettungspakete noch grössere Banken haben.

Brauchen die Staaten nun mehr wirtschaftspolitische Befugnisse, nachdem sie die Krise fürs erste abgewendet haben?
Einfach zu glauben, die Wirtschaft habe versagt, jetzt müsse man den Primat der Politik verstärken, greift zu kurz. Die Politik ist genauso verantwortlich für das Entstehen dieser Krise. In Politik und Gesellschaft ist ein Machbarkeitsglauben verbreitet, der Wahn der vollkommenen Absicherung und der Nullrisikogesellschaft. Dieser Wahn ist den Grundprinzipien der Ökonomie diametral entgegengesetzt. Es gibt keine Welt ohne Risiken, und Risiken haben ihren Preis.

Standen am Anfang der Krise nicht Investmentbanker, die gerade das Risiko gesucht haben?
Sicher, die Krise wurde auch dadurch ausgelöst. In der Finanzwelt haben in der letzten Zeit enorme Übertreibungen stattgefunden. Aber diese sind nicht zuletzt ein Symptom des gerade beschriebenen Machbarkeitsglaubens. Und sie sind auch in anderen Wirtschaftsbereichen anzutreffen, denken Sie an die Immobilienkrise und die geplatzte Technologieblase. Im Hinterkopf der Banker wie der einfachen Leute, die sich ein Häuschen gekauft haben, für das ihr Einkommen nicht ausreicht, stand der Gedanke, dass der Staat es dann schon richten werde. Der Staat kann viel, aber er kann nicht alles. Der Mensch neigt zur Gier, und wenn er dann noch denkt, im schlimmsten Fall sei der Staat für ihn da, dann führt das zu sorglosem Verhalten, das den Keim der nächsten Blase und anschliessenden Krise in sich trägt.

Eine populäre Deutung lautet, die Finanzkrise sei durch den von der Realwirtschaft abgekoppelten Finanzkapitalismus verursacht worden. Teilen Sie diese Einschätzung?
Ich halte von dieser Gegenüberstellung nicht viel. Finanzwelt und Realwirtschaft sind immer miteinander verzahnt. Finanzdienstleistungen sind letztlich auch Teil der Realwirtschaft. Sie sind auf menschliche Arbeitskraft und Informationstechnologie angewiesen und für den Rest der Realwirtschaft enorm wichtig. Eine Welt ohne ein gut funktionierendes Zahlungssystem, ohne Geld- und andere Wertaufbewahrungsanlagen, ohne zuverlässige Recheneinheit, das wäre eine Welt mit einem viel tieferen Wohlstandsniveau, in der wir nicht mehr leben möchten.

Was halten Sie von der Deutung, dass der Neoliberalismus versagt hat?
Die Vorstellung vom Neoliberalismus als Denkrichtung, die Regulierungen ablehnt und einen vollkommen unkontrollierten Markt anstrebt, ist falsch. Es war immer eine zentrale Vorstellung des Neoliberalismus, dass der Markt ein gesetzliches Umfeld braucht, das die Spielregeln für das Marktverhalten festlegt. Natürlich ist es eine Grundüberzeugung der Neoliberalen, dass man die Regulierung auf die essentiellen Elemente beschränken soll.

Der Kapitalismus ist also nicht in eine gravierende Krise geschlittert?
Weder der Untergang des Kapitalismus noch der von Wall Street steht bevor.

Sie stossen in Öffentlichkeit und Medien immer wieder auf Deutungen der Krise, die Ihren wissenschaftlichen Erkenntnissen widersprechen. Ärgern Sie sich manchmal und denken, eigentlich weiss ich es ja besser?
Es bringt nichts zu sagen, wir wissen es besser. Wir müssen es eben besser erklären. Allerdings ist es schon frustrierend, immer wieder die gleichen unzutreffenden Darstellungen zu lesen, wie etwa die Mär von der totalen Deregulierung des Bankensektors. Die Regulierung des Eigenkapitals der Banken etwa ist seit 1988 stetig ausgebaut worden. Aber sie muss noch deutlich verbessert werden. ■